

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Teil. Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts	1
I. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts	1
1. Der Begriff der Strafe	1
2. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen ..	4
II. Das strafrechtliche Regelungssystem	7
1. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts	7
2. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts	9
3. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts	9
III. Europäisches und Internationales Strafrecht	10
1. Europäisches Strafrecht	10
2. Völkerstrafrecht	13
2. Kapitel. Der Zweck der Strafe	15
I. Die traditionellen Straftheorien	16
1. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel)	16
2. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach)	17
3. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt)	19
II. Die Theorie positiver Generalprävention	22
3. Kapitel. Das Schuldprinzip	25
I. Grundlagen	25
II. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip) ..	26
1. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit	27
2. Verantwortlichkeit von Personenverbänden?	29
III. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff)	30
1. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs	30
2. Der Begriff des Rechtsguts	31
3. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes	32
4. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte	32
5. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips	34
IV. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“)	35
4. Kapitel. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt	36
I. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“	36
1. Herkunft und Grundgedanke	36
2. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips	38
3. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips	48
II. Der Richtervorbehalt	51

5. Kapitel. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der Strafgesetze	52
I. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB)	52
1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes	52
2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts	53
3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung	54
II. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB)	54
1. Grundlagen	54
2. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene Taten	56
3. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten	57
4. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit Auslandsberührungen	58
III. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht)	59
6. Kapitel. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen	60
I. Die Strafen	60
1. Die Freiheitsstrafe	60
2. Die Geldstrafe	64
3. Das Fahrverbot	65
4. Die Bemessung und Auswahl der Strafen	65
II. Die übrigen Rechtsfolgen	67
1. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung	67
2. Statusfolgen	69
3. Verfall und Einziehung	70
7. Kapitel. Einführung in die allgemeine Straftatlehre	72
I. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat	72
II. Der Aufbau der Straftat	74
III. Die allgemeinen Formen der Straftat	76
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	76
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	77
3. Vollendung, Versuch und Vorbereitung	77
4. Täterschaft und Teilnahme	78
IV. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	78
2. Teil. Der Tatbestand des vollendeten Begehungsdelikts	
8. Kapitel. Der Aufbau des Tatbestands	81
I. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung	81
1. Der Begriff der Handlung	81
2. Die Identität der Handlung	83
II. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand	84
III. Die Merkmale des objektiven Tatbestands	86
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	86
2. Weitere Deliktseinteilungen	88
IV. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands	89
1. Der Tatbestandsvorsatz	89
2. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten	89
3. Sonstige Beweggründe und sogenannte Gesinnungsmerkmale	90

9. Kapitel. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg	92
I. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung	92
II. Der Begriff der Kausalität	93
1. „Condicio-sine-qua-non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“?	93
2. Die alternative Kausalität	95
3. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe	97
4. Ergebnis	103
III. Die Feststellung der Kausalität	104
1. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung	104
2. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen	105
10. Kapitel. Die objektive Zurechnung	107
I. Begriff und allgemeine Voraussetzungen	107
II. Das rechtlich missbilligte Risiko	108
1. Der Ausschluss unerheblicher Risiken	108
2. Aufgrund überwiegender Interessen erlaubte Risiken	109
3. Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken	110
4. Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken	111
III. Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos	113
1. Realisierung unerheblicher Risiken	113
2. Realisierung aufgrund überwiegender Interessen erlaubter Risiken	114
3. Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken	115
4. Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken	115
5. Der sogenannte Pflichtwidrigkeitszusammenhang	118
IV. Das der Risikobeurteilung zugrundezulegende Wissen	119
11. Kapitel. Der Tatbestandsvorsatz	121
I. Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen	121
1. Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	121
2. Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	122
3. Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein	124
II. Die psychische Struktur des Vorsatzes	125
1. Die Vorsatzformen	125
2. Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit	128
III. Der Gegenstand des Vorsatzes	131
1. Der Begriff des Tatbestandsirrtums	131
2. Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“	132
3. Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen	133
4. Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen	134
IV. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz	135
1. Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf	136
2. Der Irrtum über das Tatobjekt	139
12. Kapitel. Die Fahrlässigkeit	142
I. Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit	142
1. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit	142
2. Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung	143
3. Zeitpunkt der Erkennbarkeit	145
II. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit	146
1. Das notwendige Erfahrungswissen	146

2. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis	147
3. Die notwendige Zeit	148
III. Die Formen der Fahrlässigkeit	149
1. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit	149
2. Die sogenannte bewusste Fahrlässigkeit	149
IV. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit	150
V. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit	150
3. Teil. Rechtswidrigkeit und Schuld	
13. Kapitel. Überblick über die Rechtfertigungsgründe	152
I. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe	152
II. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen	152
1. Einwilligung	152
2. Mutmaßliche Einwilligung	153
3. Sorgerecht	154
III. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit	154
1. Die Amtsrechte	155
2. Die Notrechte des Bürgers	155
14. Kapitel. Allgemeine Rechtfertigungslehre	159
I. Der Gegenstand der Rechtfertigung	159
1. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils	159
2. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils ..	160
II. Der Aufbau der Rechtfertigung	161
1. Der objektive Erlaubnistatbestand	161
2. Der subjektive Erlaubnistatbestand	165
III. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand	168
1. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände	169
2. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände	169
IV. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt	174
1. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen	174
2. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung	174
15. Kapitel. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung ..	175
I. Das tatbestandsausschließende Einverständnis	175
II. Die Einwilligung	176
1. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen	176
2. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen	183
III. Die mutmaßliche Einwilligung	186
16. Kapitel. Notwehr und Notwehrnexzess	187
I. Die Notwehr	187
1. Überblick und Grundgedanke	187
2. Die Notwehrlage	189
3. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung	193
4. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts	196
5. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln	199
II. Der Notwehrnexzess	201
1. Grundgedanke	201
2. Der Anwendungsbereich der Regelung	202

17. Kapitel. Rechtfertigender Notstand	203
I. Der Aggressivnotstand	203
1. Überblick	203
2. Die Notstandslage	203
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	205
II. Der Defensivnotstand	211
1. Die Notstandslage	211
2. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	213
III. Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte	215
1. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln?	215
2. Die Notstandsprovokation	215
3. Der Notstandsexzess	216
18. Kapitel. Die Schuldfähigkeit	216
I. Grundgedanke und gesetzliche Regelung	216
1. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit	216
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick	217
II. Die Regelung der §§ 20, 21 StGB	218
1. Die Eingangsmerkmale	218
2. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	219
3. Die Feststellung der Schuldfähigkeit	222
III. Die <i>actio libera in causa</i>	223
1. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle	223
2. Die Strafbarkeit der <i>actio libera in causa</i> bei den Erfolgsdelikten	224
19. Kapitel. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht	227
I. Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB	227
II. Der Begriff des Verbotsirrtums	228
1. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	228
2. Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins	229
3. Zweifel an der Rechtswidrigkeit	229
4. Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt	230
III. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	230
1. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens	230
2. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte	231
IV. Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung	232
1. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung	232
2. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte	232
20. Kapitel. Die Zumutbarkeit	233
I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	233
1. Der Grundgedanke der Regelung	233
2. Die Notstandslage	235
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	236
4. Besondere Duldungspflichten	237
5. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum	239
II. Weitere Entschuldigungsgründe?	241
1. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter?	241
2. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen?	243

21. Kapitel. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	245
I. Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit	245
II. Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale	246
III. Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe	249
IV. Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten	250
1. Strafantrag	250
2. Ermächtigung und Strafverlangen	251
V. Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung	251
1. Verfolgungsverjährung	251
2. Vollstreckungsverjährung	252
VI. Die (prozessuale) Abschichtung geringfügigen Unrechts	253
4. Teil. Besondere Deliktsformen	
22. Kapitel. Das Unterlassungsdelikt	256
I. Die Regelung des § 13 StGB	256
II. Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten	258
1. Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen	258
2. Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen	259
3. Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun	261
III. Das Unterlassen der Erfolgsabwendung	261
1. Der Begriff der Unterlassung	261
2. Die Kausalität der Unterlassung	262
3. Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung	264
IV. Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung	265
1. Überwachergaranten	265
2. Beschützergaranten	270
V. Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts	274
VI. Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts	275
1. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	276
2. Rechtfertigender Notstand	276
3. Die rechtfertigende Pflichtenkollision	278
VII. Die Schuld des Unterlassungsdelikts	279
23. Kapitel. Versuch und Vorbereitung	282
I. Der Versuch	282
1. Der Strafgrund des Versuchs	282
2. Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit	284
3. Der Aufbau der Versuchsprüfung	287
4. Die Voraussetzungen des Tatentschlusses	288
5. Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	292
II. Vorbereitung	298
1. Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit	298
2. Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit	299
24. Kapitel. Der Rücktritt vom Versuch	301
I. Grundlagen	301
1. Die Gründe der Straffreiheit	301
2. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts	304

II. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1, 1. Var. StGB	306
1. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	306
2. Die Freiwilligkeit	311
3. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	316
III. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1, 2. Var. und S. 2 StGB	317
1. Das systematische Verhältnis von § 24 I S. 1, 2. Var. und § 24 I S. 2 StGB	317
2. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung	318
3. Die Freiwilligkeit	322
IV. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	323
 5. Teil. Mehrere Tatbeteiligte	
25. Kapitel. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen	325
I. Überblick	325
II. Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	327
1. Die mittelbare Erfolgsverursachung	327
2. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	328
3. Besondere Pflichtenstellungen	329
4. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	329
III. Die Struktur der Mittäterschaft	329
1. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	329
2. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	331
3. Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	332
IV. Struktur und Funktion der Teilnahme	333
1. Akzessorietät und Strafgrund der Teilnahme	333
2. Besondere persönliche Merkmale	335
26. Kapitel. Die Mittäterschaft	342
I. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns	342
1. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“)	342
2. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten	343
3. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung	345
4. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen	346
5. Die sukzessive Mittäterschaft	346
II. Das erforderliche Maß der Beteiligung	347
1. Die subjektive Täterlehre	348
2. Die Tatherrschaftslehre	349
3. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit	351
4. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit	353
III. Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft	355
IV. Mittäterschaft und Unterlassen	355
1. Gemeinschaftliches Unterlassen	355
2. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln	356
3. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen	356
V. Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung	357
27. Kapitel. Die mittelbare Täterschaft	359
I. Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers	359
II. Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug	361

1. Die unterschiedlichen Irrtümer	361
2. Notwendigkeit einer Täuschung?	364
3. Irrtümliche Selbstschädigung	365
III. Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug	367
1. Intensität des Zwangs	367
2. Verantwortlichkeit für den Zwang	369
3. Erzwungene Selbstschädigung	369
IV. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug	370
1. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit	370
2. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife	371
V. Weitere in Rechtsprechung und Literatur diskutierte Fallgruppen	372
1. Das austauschbare Werkzeug	372
2. Das ohne zum Deliktsbild gehörende Absichten handelnde Werkzeug	373
3. Das ohne Sonderpflicht handelnde Werkzeug	374
VI. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft	374
VII. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	375
28. Kapitel. Die Teilnahme	377
I. Die teilnahmefähige Haupttat	377
1. Der Begriff der rechtswidrigen Tat	377
2. Der Begriff der vorsätzlichen Tat	377
3. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat	379
II. Die Anstiftung	381
1. Das Verursachen des Tatentschlusses	381
2. Die Anstiftungshandlung	384
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung	386
III. Die Beihilfe	389
1. Der Begriff des Hilfeleistens	389
2. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleistens	391
3. Besondere Formen der Hilfeleistung	392
4. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe	395
5. Beihilfe durch Unterlassen	396
29. Kapitel. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten	397
I. Versuchte mittelbare Täterschaft	397
II. Beteiligung am Versuch	399
1. Versuchte Mittäterschaft	399
2. Die Teilnahme am Versuch	402
3. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB)	403
III. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB)	406
1. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB	406
2. Die einzelnen Beteiligungshandlungen	407
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB)	411
6. Teil. Die strafrechtliche Konkurrenzlehre	
30. Kapitel. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)	413
I. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre	413
II. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB	414
1. Die Tatmehrheit	414

2. Die Tateinheit	415
3. Reformüberlegungen	416
III. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit	417
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne	417
2. Tatbestandliche Handlungseinheit	417
3. Natürliche Handlungseinheit	419
4. Die fortgesetzte Tat	421
IV. Hinweise für die Fallbearbeitung	422
31. Kapitel. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)	422
I. Grundgedanke und Überblick	422
II. Die Funktionen der Gesetzeseinheit	423
III. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit	424
1. Die Spezialität	424
2. Die Subsidiarität	426
3. Die Konsumtion	427
4. Die gleichartige Gesetzeseinheit	430
Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata	433
Verzeichnis der Aufbauschemata	434
Stichwortverzeichnis	435